

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 11: Erfolgskontrolle des Unterrichts : Prüfungen!

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zernen Rezessenten durchschnittlich zum Lesen. Ungezählt wohl die Stunden, die hiezu eingesetzt wurden! Eine Arbeit, die überall freiwillig, ohne Honorar, jedoch mit grosser Begeisterung und Verantwortung geleistet wird. Obwohl die Besprechungsarbeit in den letzten Jahren keineswegs leichter und beneidenswerter geworden ist, denn so manches pädagogische Schlagwort wird auf vielerlei Art ausgelegt und «dichterisch» gestaltet. Und hierin ein abgewogenes, verantwortbares Urteil zu finden, braucht es, nebst unabdingbaren Kenntnissen, die Verbundenheit mit der Welt des jungen Lesers und eine fundierte Werthaltung.

So erstaunt es immer wieder, dass sich junge Lehrkräfte spontan bereitfinden, sich in die Jugendliteratur einzuarbeiten und die verantwor-

tungsvolle Besprechungsarbeit auf sich zu nehmen.

Unsere Kommission arbeitet nicht isoliert; der Kontakt mit den übrigen schweizerischen und regionalen Jugendschriftenkommissionen ist sehr eng und rege. Gesamtschweizerische Interessen im Bereich des Jugendschrifttums werden in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Bund für Jugendliteratur wahrgenommen. Auch in seinen Gremien arbeiten unsere Vertreter zielgerichtet für das gute Jugendbuch mit.

So bleibt mir zum Schluss die angenehme Pflicht, den Mitgliedern unserer Kommission für ihren unentwegten Einsatz in der Besprechungsarbeit, bei Tagungen, in den verschiedenen Gremien und Ausschüssen, in der redaktionellen Arbeit – und dies zum grossen Teil schon während vielen Jahren – zu danken.

Dominik Jost

Umschau

Gesamtschulen in der Schweiz

Die Diskussionen über mögliche, nötige oder gar notwendige Gesamtschulen, über deren Strukturen und pädagogische wie politische Funktionen fussen mehrheitlich auf Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Schweden, England und den USA. Meist sind diese Informationen bruchstückhaft und einseitig. Und viele Argumente für oder gegen die Gesamtschule sind schlechthin unbeweisbar oder für die Schweiz unzutreffend. Und schliesslich wird die Diskussion äusserst erschwert durch die Vieldeutigkeit des Begriffs und durch die Verschiedenheit der vielen Versuchs- und Modellschulen. Aber wie sollten wir Klarheit erhalten über die Gesamtschuldiskussion etwa in Deutschland, wenn wir nicht einmal über die Verhältnisse in der Schweiz Bescheid wissen?

Diese Informationslücke über den Bestand an Gesamtschulversuchen in der Schweiz schliesst die soeben erschienene Schrift «Gesamtschule in der Schweiz», welche vom Luzerner Schulplaner R. Stadelmann gestaltet und von der Arbeitsgruppe der Gesamtschulleiter und -planer in der Schweiz herausgegeben wird. Dieser sehr übersichtlich gestalteten Schrift entnehmen wir folgende Informationen:

«Auch in der Schweiz gewinnen die Ideen der Gesamtschule für den Bereich der Orientierungsstufe, d. h. der oberen Stufe der obligatorischen Schulzeit nach und nach an Boden:

- Der Kanton Genf hat 1962 den Cycle d'orienta-

tion eingeführt; der Kanton Wallis führt ab 1974 die Orientierungsschule ein.

- In sechs Modellschulen in verschiedenen Kantonen werden gegenwärtig Typen von Gesamtschulen erprobt.
- An mehreren Orten befinden sich Gesamtschulprojekte in der Planungsphase.
- Die von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren eingesetzte Expertenkommision Mittelschule von morgen hat in ihrem Bericht für den Bereich des 5. bis 9. Schuljahres Zielsetzungen und Strukturen vorgelegt, die sich weitgehend mit den Vorstellungen jener Gruppen decken, welche die Verwirklichung der Oberstufenreform im Rahmen einer Gesamtschule sehen.»

Zurzeit bestehen folgende Modellschulen des Typus «Integrative Orientierungsstufe»:

- Dulliken SO (Versuchsbeginn 1970)
- Genf, Collège Budé (1971)
- Genf, Collège des Coudriers (1973)
- Romanshorn, Schlossberg (1972)
- Waadt, Zone pilote de Rolle (1972)
- Waadt, Zone pilote de Vevey (1973)

Projekte für Modellschulen des gleichen Typs liegen vor in:

- Basel, Schulsynode (Das Modell Neue Schule der Stadt Basel wurde im November 1973 vom Volk abgelehnt. Es ist nicht identisch.)
- Bern, Manuel (Versuchsbeginn vorgesehen auf 1975)
- Giubiasco, Scuola media (Bewilligung für Versuch zu erwarten auf 1974)
- Luzern (Versuchsbeginn 1977–1978)
- Muttenz (Versuchsbeginn voraussichtlich im Jahre 1976)

Das ist auf den ersten Blick recht wenig. Doch

zeigen die grafischen Darstellungen dieser Schrift recht deutlich, wie verschiedenartig die einzelnen Modelle sind: Integrative Orientierungsschulen mit und ohne (oder nur teilweiser) gymnasialer Funktion, aufbauend auf das sechste, fünfte und in Basel und Bern gar vierte Primarschuljahr, einmal äussere, einmal innere Differenzierung. Nun, es handelt sich um Versuche oder Projekte. Der Versuch verschiedener Modelle wäre an sich zu begrüssen, wenn dafür Gewähr geboten würde, dass schliesslich doch eine Vereinheitlichung gefunden werden könnte. Aber die schweizerische Schuldemokratie wird wohl noch lange einer Koordination ausweichen können. Immerhin haben sich die Leiter der Gesamtschulen und die Planer neuer Projekte zusammengefunden. Sie legten nun eine übersichtliche Schrift vor, die es erlaubt, sachlich über ihre Modelle zu diskutieren.

Die Schrift «Gesamtschule in der Schweiz» (38 Seiten) kann bezogen werden bei: Schulen der Stadt Luzern, Planung, Museggstrasse 19a, 6004 Luzern, Telefon 041 - 22 18 53.

aus: «Bildung» Nr. 4, März 1974

Anforderungen an eine jugendgerechte Politik

Stellungnahme der Stiftung Pro Juventute zum Bericht über Jugendpolitik

Unter «Jugendpolitik» versteht Pro Juventute die Bestrebungen des Staates (Gemeinden, Kantone, Bund) und der Gesellschaft (Familie, Schule, Kirche, nichtstaatliche Institutionen, spontane Gruppierungen) zugunsten der Jugend *aller Altersstufen* vom Kleinkind bis zum jungen Erwachsenen. Zum unmittelbaren Wirkungsbereich einer solchen jugendgerechten Gesamtpolitik gehören nach ihrer Auffassung im wesentlichen die Jugendhilfe im modernen umfassenden Sinn (Erziehungshilfen, Familienhilfen, generelle Jugendhilfe), der Sonderschutz der Jugend gegen Umweltgefährdung und Medieneinwirkungen, Bildung und Erziehung sowie die Jugendforschung. In ihrer Eingabe an das Eidgenössische Departement des Innern unternimmt Pro Juventute zunächst den Versuch einer *Bestandesaufnahme und Analyse* der bisherigen jugendpolitischen Aktivitäten in unserem Land. Auf dieser Übersicht aufbauend umschreibt sie sodann die Anforderungen an Gemeinden, Kantone und Bund für eine künftige systematische jugendgerechte Politik. An die Adresse der nichtstaatlichen Institutionen und spontanen Gruppierungen richtet sie den Wunsch nach vermehrter *Zusammenarbeit* mit den staatlichen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie nach einer qualitativen und quantitativen Verbesserung des Leistungsangebots, insbesondere durch vermehrte *Gewinnung und Ausbildung von freiwilligen Helfern*. Pro Juventute tritt auch für *vermehrte Eigenbestimmung* des jungen Men-

schen in Familie, Schule und Beruf ein und postuliert eine verbesserte Rechtsstellung der Jugendlichen in vormundschaftlichen und jugendstrafrechtlichen Verfahren. Sie befürwortet die *Förderung der politischen Willensbildung* durch eine Aktualisierung des Geschichts- und Lebenskundeunterrichts auf der Volksschulstufe sowie durch jugendgerechte Aufklärungs- und Bildungsarbeit über staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge auf der Stufe der Berufsschule beziehungsweise des weiterführenden Bildungsweges. Jugendforen und Jugendclubs könnten nach ihrer Auffassung künftigen Staatsbürgern als Mittel zur Förderung des Ausdrucksvermögens dienen. Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters zu gegebener Zeit sähe Pro Juventute als logische Fortentwicklung solcher Massnahmen.

Im Rahmen ihrer Vorschläge für die Verwirklichung einer systematischen jugendgerechten Politik in der Schweiz richtet Pro Juventute an die Adresse der Kantone u. a. das Postulat einer *Revision der Jugendhilfegesetzgebung*. Im Zusammenhang mit der Revision des eidgenössischen Kindes- und Vormundschaftsrechtes sollen moderne Organisationsformen der Jugendhilfe gefunden und die Harmonisierung der kantonalen Jugendhilfegesetzgebungen angestrebt werden. Es wird auch die Schaffung eines Modellgesetzes zur Jugendhilfe angeregt, das durch ein besonderes Fachgremium zu entwerfen wäre.

Auf Bundesebene postuliert Pro Juventute u. a. einen neuen *Bildungsartikel* sowie die Schaffung einer *Zentralstelle für Jugend- und Familienfragen* (anstelle eines Delegierten) und die Einberufung von ad hoc gebildeten und sektorell arbeitenden *Expertengruppen* zur systematischen Erarbeitung und Vertiefung des gesamten Problemkreises «Jugendpolitik des Bundes». In einem späteren Stadium könnte nach Auffassung von Pro Juventute allenfalls an eine Umwandlung dieser Stelle in eine Abteilung «Jugend und Familie» und an die Einsetzung einer ständigen eidgenössischen Jugend- und Familienkommission gedacht werden. Die ohne Verzug aufzubauende *Dokumentationsstelle* sollte nicht so sehr eine eigene umfassende Sammlung anstreben als vielmehr die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden in- und ausländischen Einrichtungen suchen. Für den unmittelbaren *Kontakt mit der Jugend* wären hiezu besonders geeignete Mitarbeiter einzusetzen, welche bei Kommissionsarbeiten mit beratender Stimme mitzuwirken hätten.

Die ausführliche Stellungnahme der Pro Juventute kann beim Zentralsekretariat Pro Juventute, Seefeldstrasse 8, Postfach, 8022 Zürich, bezogen werden.

Schweizer Jugend forscht – Abschluss des 8. Wettbewerbs

Im Winterthurer Stadthaus fand die Schlussfeier und die Preisverteilung des 8. Wettbewerbs «Schweizer Jugend forscht» statt. Aus der Hand von Prof. Dr. A. Portmann, dem Präsidenten der Stiftung, konnten die preisgekrönten jugendlichen Forscher ihre Preise entgegennehmen. Die Goldene Nadel, die höchste Auszeichnung, errang die Arbeit Hans Buchmanns und Christian Richners von der Kantonsschule Wetzikon: Ein System aus dem Gebiet der darstellenden Geometrie, das erlaubt, Aufgaben und Lösungen dreidimensional auf dem Bildschirm eines Computers erscheinen zu lassen.

Im vergangenen Monat hatten 50 Fachleute in Winterthur die Arbeiten von rund 70 jungen Leuten begutachtet und im persönlichen Gespräch mit den Verfassern beurteilt. (Eine weitere Jury war in Genf tätig, wo die Arbeiten aus der französischen Schweiz einer Prüfung unterzogen wurden.) Das Urteil der Experten wurde, nachdem ungenügende Arbeiten bereits ausgeschieden waren, mit vier Prädikaten beurteilt: hervorragend, sehr gut, gut und beachtlich. 38 der 115 eingereichten Arbeiten waren bis zum 1. Juni im Winterthurer Gewerbemuseum ausgestellt. Der im Anschluss an die Preisverteilung unternommene Rundgang durch die Ausstellung bewies die Vielfalt der Forschungsgebiete, die sorgfältige Präsentation und den Fleiss der Teilnehmer.

In seiner Festansprache an der Schlussfeier sprach Prof. P. Tschumi (Bern) über Aufgaben und Grenzen der modernen Forschung, nachdem Prof. Portmann (Basel) in deutscher und Dr. G. Goy (Genf) in französischer Sprache die zahlreichen Gäste und Teilnehmer begrüßt hatte. Für die musikalische Umrahmung sorgten junge Musiker von der Winterthurer Musikschule.

Übrigens ist der 9. Wettbewerb «Schweizer Jugend forscht» bereits ausgeschrieben. Auskunft darüber erteilt das Sekretariat der Stiftung an der Stadthausstrasse 39 in Winterthur.

Wandel im bildungspolitischen Klima

Das bildungspolitische Klima in der Schweiz hat sich gewandelt. Während in den sechziger Jahren die Förderung von Wissenschaft und Forschung fraglos eine hohe Priorität beanspruchen konnte, seien heute die kritischen Fragen gegenüber gewissen Zielen der Forschungs- und Bildungspolitik unüberhörbar. Diese Fragen sind, wie Bundesrat Hans Hürlimann anlässlich der Einweihungsfeier der ETH Hönggerberg, Zürich, ausführte, Ausdruck einer veränderten Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der Wissenschaft. Neben den offensichtlichen Schattenseiten der durch die Wissenschaft hervorgerufenen

beispiellosen Entwicklung der letzten Jahrzehnte treten immer mehr auch die finanziellen Grenzen der Forschungs- und Bildungspolitik in den Vordergrund. Und diejenigen, die sich darüber Gedanken machen, seien keineswegs nur rückwärtsgewandte Kritiker, sondern auch junge Menschen.

Optimale Nutzung der Mittel

Trotzdem warnte Bundesrat Hürlimann vor einseitigen Schlüssen. Die Erfahrung, dass weder Fortschritseuphorie noch Entwicklungspessimismus brauchbare Berater seien, müsse auch weiterhin die Grundhaltung für den bleibenden Auftrag der Hochschulen und Universitäten bestimmen: «Der Gefährdung des Menschen durch die technisch-zivilisatorische Entwicklung kann nur durch die Wissenschaft selbst Einhalt geboten werden.» Die Wissenschaft, so der Vorsteher des Departements des Innern, bleibe die Grundlage unserer technischen Zivilisation. Deshalb könnten und dürften Staat und Gesellschaft ihr nicht unbeteiligt gegenüberstehen. Angesichts der finanziellen Aufwendigkeit der heutigen wissenschaftlichen Forschung komme aber vor allem der Kleinstaat «nicht daran vorbei, im Rahmen einer Forschungspolitik Ziele und Prioritäten festzusetzen». Dabei gehe es allerdings nicht darum, autoritativ von aussen die Forschungsbereiche festzulegen, sondern einerseits eine möglichst optimale Nutzung der Mittel zu ermöglichen und anderseits die Voraussetzungen zu schaffen für eine Forschung, die wissenschaftlich, staatspolitisch und wirtschaftlich unbestreitbar von Bedeutung ist.

Eine Multimilliardenmarkfrage

Für den Vorsitzenden der Konferenz der Länderfinanzminister der BRD ist es eine «Multimilliardenmarkfrage», was ab 1978 mit 300 000 Lehrern geschehen solle, für die im Schuldienst kein Bedarf mehr bestehe. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Wertz hat das Umkippen des bekannten Zu-wenig in das drohende Zu-viel an Lehrern zugleich mit Zahlen belegt: Allein schon ein Überschuss von 200 000 Lehrern werde die Länder, wenn sie die jungen Pädagogen nicht den Arbeitsämtern überlassen wollen, jährlich 7,6 Milliarden DM kosten.

Die Berechnungen und Prognosen der Finanzminister stammen im wesentlichen aus dem Düsseldorfer Finanzministerium und werden von einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung bestätigt. Danach wird, durch den Geburtenrückgang bedingt, schon ab 1975 die Schülerzahl nachhaltig absinken. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass «1979 die Zahl der Schulanfänger um 40 Prozent kleiner sein wird als 1973». Begründung: Im Jahre 1967

wurden noch eine Million Kinder in der BRD geboren; 1973 waren es nur noch 630 000, davon rund 100 000 Ausländerkinder. Bis 1985 wird sich aber, wenn der derzeitige Trend anhält, die Zahl der Studienbewerber für den Lehrberuf verdoppelt haben.

25 Jahre VESU

Am 9. Mai feierte die Vereinigung Schweizerischer Unterrichtsfilmstellen (VESU) das 25. Jahr ihres Bestehens.

Regierungsrat Dr. Alfred Gilgen, Erziehungsdirektor des Kantons Zürich und Präsident der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz, begrüsste die geladenen Gäste aus dem In- und Ausland. Prof. Dr. Eugen Egger, Präsident der SKAUM, referierte über Probleme der Produktion audiovisueller Lehrmittel in der vielsprachigen Schweiz, während Prof. Dr. Walter Cappel, Direktor des Instituts für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, München, in die Medienkombination «Alpengletscher» einführte, einer Koproduktion der FWU München und der VESU, die anlässlich der Jubiläumsfeier erstmals vorgestellt worden ist.

Deutsche und Schweizer Glaziologen, Geographen, Didaktiker und Filmleute der Condor-AG stellten sich die Aufgabe, den Themenkomplex «Gletscher» so aufzubereiten, dass Klassen der Volksschule wie des Gymnasiums auf eine entwicklungs- und stufengemäße Weise, aber möglichst selbsttätig, die nötigen Erkenntnisse erarbeiten können. Zwei Filme, Lichtbilder und Arbeitsblätter bilden zusammen mit einer Textsammlung ein sogenanntes Medienpaket.

In den neuen Satzungen vom 9. Dezember 1970 wird die Zweckbestimmung der VESU wie folgt umschrieben: «Die VESU fördert die Verwendung des Schulfilms und anderer audiovisueller Hilfsmittel in den Schulen und ist bestrebt, eine zweckmässige Zusammenarbeit aller in der Schweiz daran interessierten Stellen herbeizuführen.»

Der Tätigkeitsbereich der VESU erstreckt sich auf folgende Gebiete:

- Zusammenarbeit bei der Produktion und bei der Beschaffung von Filmen mit dem Ziel, den Schweizer Schulen geeignete Filme zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen
- Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen an Schulbehörden und Lehrerschaft über den Unterrichtsfilm und audiovisuelle Hilfsmittel.
- Austausch von Erfahrungen und Besprechung von Fragen, die der Förderung des Schulfilms und der audiovisuellen Hilfsmittel dienen.
- Prüfung und Begutachtung von Geräten sowie pädagogischen und methodischen Fragen des audiovisuellen Unterrichts für die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich auf das Publikationsorgan der SKAUM hingewiesen, das unter dem Titel «av-bulletin» als einzige Zeitschrift für Unterrichtstechnologie und Medienpädagogik in der Schweiz erscheint.

Das Jahresabonnement beträgt Fr. 20.– für 12 Nummern. Probeexemplare sind bei der Administration, Donnerbühlweg 32, 3012 Bern, zu bestellen.

CH

Mitteilungen

Wichtige Voranzeige

Die Präsidentenkonferenz führt vom 23. bis zum 25. September 1974 in Schönbrunn eine richtungweisende Studentagung durch über das Thema: *Christliche Erziehung konkret*

Diese Tagung hat folgende Ziele:

- Bekanntgabe und Diskussion des Schlussberichtes der Untersuchung über die Zukunft der katholischen Schulen.
- Diskussion über konkrete Ziele der Erziehung und der Internatserneuerung.
- Beginn einer Public-Relations-Aktion betreffend die katholischen (Privat)-Schulen.
- Zielsetzung der Präsidentenkonferenz.

Durchführung:

Es finden zwei Referate statt: eine Einführung ins Tagungsthema, ein Bericht über die Untersuchung.

Die Verarbeitung geschieht in Gruppen und im Plenum. Die Resultate werden der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die Tagung entscheidet darüber, wie das Thema nachher in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Es kommt ihr also eine außerordentliche Bedeutung zu. Niemand sollte sich dispensieren. Die Gruppen werden nach folgenden Themenkreisen aufgeteilt:

- a) Neue Internatsmodelle
- b) Schülermitbestimmung
- c) Mitverantwortung der Eltern
- d) Erziehung zur Solidarität
- e) Forderungen der Education Permanente an die Schule

Zielpublikum:

Die Tagung richtet sich primär an Vertreter der katholischen Schulen. Sie kann aber nur fruchtbar werden, wenn auch «aussenstehende» Teilnehmer mitmachen: Vertreter der Elternschaft, Lehrer an öffentlichen Schulen, pädagogisch Interessierte.

ACHTUNG: Die vorbereitende Gruppe geht von der Voraussetzung aus, dass jede Schule mindestens zwei Vertreter delegiert. Nur so kann das Gespräch zuhause in der Gemeinschaft weiter-